

Berlin

Stimmen aus der Türkei



TUSIAD

TS-BER/2014/09

IN DIESER AUSGABE:

**MULTILATERALE BEZIEHUNGEN
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI
ARTIKEL DES MONATS
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)**

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13
ANKARA : 39/4 İnan Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46
U S A : 1250, 24th Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206
berlinoffice@tusiad.org www.tusiad.org

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

VON DER LEYEN BESUCHT DEUTSCHE SOLDATEN

Explodierende Kosten, technische Pannen und chronische Verzögerungen bei Rüstungsprojekten – Ursula von der Leyen will das Beschaffungswesen der Bundeswehr neu ordnen. Der drohende Kehraus alarmiert die Industrie.

In Afghanistan und Mali war sie schon, nun besucht Verteidigungsministerin von der Leyen die Bundeswehr-Soldaten in der Türkei. Deutsche Raketenabwehrstaffeln sollen den Nato-Partner vor syrischen Angriffen schützen.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ist am Montag, den 24. 3. in die Türkei aufgebrochen, um dort die zum Schutz vor syrischen Angriffen stationierten deutschen Soldaten zu besuchen. An dem Nato-Einsatz beteiligen sich rund 100 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt 300 Bundeswehrsoldaten mit „Patriot“-Abwehrraketen. Die schon seit längerem geplante Reise findet zufällig einen Tag nach dem Abschuss eines syrischen Kampfflugzeugs durch das türkische Militär statt. Die Maschine soll nach Angaben Ankaras den türkischen Luftraum verletzt haben.

Die Nato hatte im Januar 2013 die „Patriot“-Raketen in der Türkei stationiert. Ankara hatte darum gebeten, nachdem im Grenzgebiet auf türkischer Seite mehrfach Granaten aus Syrien eingeschlagen waren. Dagegen können die „Patriots“ zwar nichts ausrichten. Das syrische Regime verfügt aber auch über Raketen mit einer Reichweite von 700 Kilometern, die einen großen Teil des türkischen Staatsgebiets erreichen könnten. Vor solchen Angriffen sollen die Abwehrraketen den Nato-Partner schützen.

Der Einsatz ist rein defensiv ausgerichtet. Die USA, die Niederlande und Deutschland stellen jeweils zwei „Patriot“-Staffeln, die an unterschiedlichen Orten stationiert sind. Der Bundestag hatte die deutsche Beteiligung im Januar um ein weiteres Jahr verlängert. Die „Patriot“-Raketen sind aber bisher nicht zum Einsatz gekommen. [Internet-Link](#)

ERDOGANS WAHLWERBESPOT :DIE FAHNE HOCH, DIE REIHEN FEST GESCHLOSSEN

Ein Wahlspot der AKP überhöht den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan zum Retter einer bedrohten türkischen Nation. Das Video zeigt mit Brachialgewalt: In diesem Wahlkampf macht Erdogan keine Gefangenen, es gibt nur Sieg oder Niederlage.

Der türkische Kommunalwahlkampf geht in seine Schlussphase, und zehn Tage vor dem Urnengang macht die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) von Ministerpräsident Tayyip Erdogan mit ihrem neuesten Wahlwerbespot deutlich, dass sie ganz auf Konfrontation setzt. Das Video zeigt mit Brachialgewalt: In diesem Wahlkampf macht Erdogan keine Gefangenen, es gibt nur Sieg oder Niederlage.

Zu unheilvoller Musik geht zu Beginn des Spots ein maskierter Mann auf einen riesigen Fahnenmast zu, an dessen Spitze in einsamer Höhe eine riesige türkische Fahne flattert. Der Mann hat Böses im Sinn: Er öffnet den Fahnenmast und zerschneidet die Drahtseile, an denen die Fahne hochgezogen wurde. Die Seile reißen, die Fahne sinkt in die Tiefe. Ihr Schatten senkt sich unheilverkündend über lauter brave Türken, über den Frisör und seinen Kunden, die Studenten im Hörsaal, Passanten auf der Straße, Bauern auf dem Felde und das tränenüberströmte Gesicht einer Hausfrau. Doch der böse Flaggenattentäter hat sich zu früh gefreut, denn nun steht das Volk auf und der Sturm bricht los: Wie ein Mann rennen Tausende, ja Zehntausende auf den Fahnenmast zu (von einem einsam Betenden in der Moschee unterstützt), sie schwimmen sogar durch den Bosphorus, nichts und niemand kann sie aufhalten.

Am Fahnenmast steigen sie einander auf die Schultern, wie die Ameisen klettern sie, einer auf den Schultern des anderen, am Mast empor, immer höher und höher, bis einer von ihnen schließlich, hoch über den Wolken, wo alle Ängste verfliegen sind, das Ende eines Drahtseils ergreift und sich damit glücklich in den Tod stürzt, während durch sein Gewicht die Flagge am anderen Ende des Seils wieder an ihren angestammten Platz über allen Türken in die Höhe schnell.

Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen, halten sich Abertausende am Fahnenmast fest und bejubeln den Märtyrer, denn der Einzelne ist nichts und die Nation alles. Am Ende dieser Melange aus stalinistischem Personenkult und Mickey Maus wird der türkische Ministerpräsident eingeblendet, denn Erdogan ist die Nation, so wie die Nation Erdogan ist. „Die Nation wird sich nicht beugen, die Türkei wird nicht weichen“, lässt sich der Slogan dazu übersetzen. Die Kommunalwahlen finden am 30. März statt. Die AKP liegt in allen Umfragen vorn. [Internet-Link](#)

TRIUMPH DES SPALTERS

Die Hälfte der türkischen Wähler hat trotz autoritärer Politik und Korruption für die Partei von Premier Erdoğan gestimmt. Sie lassen ihm alles durchgehen – auch Rache.

Warum wählt jeder zweite Türke die Partei eines Mannes, der tief in Korruptionsfälle verstrickt ist? Der die Meinungsfreiheit einschränkt und den Rechtsstaat aushöhlt? Warum konnte die AKP von Recep Tayyip Erdoğan die Kommunalwahl mit 44 Prozent so deutlich gewinnen?

Die simple Antwort ist: Weil in seiner Amtszeit Straßen gebaut und Jobs geschaffen wurden. Nicht nur in den Metropolen des Westens, auch in der anatolischen Weite. Weil seine Partei dort, wo sie regiert, Essen und Kohle in Arbeitervierteln und auf Dörfern verteilt. Die etwas kompliziertere Antwort ist: Weil Erdoğan jenen Türken eine Stimme gegeben hat, die zuvor im Staat und in der Politik nicht vorkamen. Er hat sich um die Interessen der ländlichen und gläubigen Bevölkerung gekümmert. Das dankt diese ihm bis heute mit einer fast bedingungslosen Gefolgschaft. Erdoğan profitiert davon, dass das Land an autokratische Machthaber gewöhnt ist. Erst bestimmte Republikgründer Atatürk alles allein, dann beherrschte jahrzehntelang eine Elite aus Militär und Kemalisten die Türkei. Sie verstanden sich als wahre Machthaber und setzten den Staat für ihre Zwecke ein. Erdoğan hat sie entmachtet, doch anstatt die Zivilgesellschaft und unabhängige Institutionen zu stärken, hat er einfach die Rolle der alten Elite und ihren Herrschaftsstil übernommen. Nun macht er selbst mit dem Staat, was er will. Sein Argument ist dabei das seiner Vorgänger: Ich meine es ja nur gut. Die Hälfte der Wähler verzeiht ihm deshalb alles andere. Das ist deprimierend. In den meisten anderen europäischen Hauptstädten hätte ein Regierungschef, der YouTube und Twitter sperrt, der seine Polizei mit Gaspatronen auf die Köpfe jugendlicher Demonstranten schießen lässt, und dessen Regierung in einen gigantischen Korruptionsskandal verstrickt ist, keine Chance auf so ein Wahlergebnis. Doch die Türkei ist nicht die liberale Demokratie, für die sie viele in der EU schon gehalten haben.

Seine Gegner sind stärker geworden

Erdoğan's Sieg ist trotzdem kein Triumph. Die Spaltung des Landes, die er herbeigeführt hat, wird ihn in den kommenden Monaten und Jahren nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. So deutlich wie die AKP in Zentralanatolien gewonnen hat, so deutlich waren die Siege der größten Oppositionspartei CHP in vielen Regionen im Westen. Erdoğan's Gegner sind stärker geworden. Auch das erklärt die unerbittliche, wütende Rede des Premiers in der Wahnacht, in der er drohte: "Ihr werdet bezahlen!" ([Hier die Rede ins Englische übersetzt.](#)) Er meinte vor allem das Netzwerk des Predigers Fetullah Gülen, der einst sein Verbündeter war und nun sein Feind ist. Für die mit Gülen verbundenen Unternehmen dürften schwere Zeiten kommen. Und auch mit den massenhaften Strafversetzungen in Polizei und Justiz dürfte es weitergehen. "Ausmerzen" will Erdoğan seine Gegner. Es kann nicht gut sein für ein Land, wenn der Regierungschef sich vor allem damit beschäftigt, Rache zu nehmen, Außerdem hat der Premier seinen Sieg nur der Vergangenheit zu verdanken. Die Wirtschaft wuchs vor allem dank eines Baubooms, der sehr bald zu Ende sein könnte. Schon jetzt steigen die Lebensmittelpreise und der Kurs der türkischen Lira ist in den vergangenen Monaten stark gesunken. Was für den wirtschaftlichen Fortschritt gilt, gilt auch für den gesellschaftlichen Fortschritt: Gläubigen Muslimen den Aufstieg zu ermöglichen, war notwendig und richtig im teils überstrengen türkischen Staatssäkularismus. So aber wie er hier die Liberalisierung gefördert hat, bremst Erdoğan sie nun in anderen Bereichen: Auch junge AKP-Anhänger schauen Videos bei YouTube. Mit den Internetsperren trifft der Premier auch sie. Ganz abgesehen von denjenigen, die bei den Gezi-Protesten ihre politische Stimme gefunden haben und seitdem nicht mehr schweigen wollen.

Erdogan hat diese Wahl gewonnen wegen der elf erfolgreichen Jahre zuvor. Er hat diesmal seine Macht verteidigt, zurücklehnen kann er sich aber nie wieder. Erdogan ist ein Mann der Vergangenheit, der mit allen Mitteln um sein Erbe ringt. [Internet-Link](#)

UNION SIEHT KEINE CHANCE FÜR TÜRKEI IN DER EU

Die Union will die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aussetzen und neu ausrichten. Grund sind die jüngsten Drohungen Erdogans gegen seine Kritiker. Die Türkische Gemeinde rät davon ab.

Die Union hat nach den Drohungen des türkischen Regierungschefs Recep Tayyip Erdogangegen seine Kritiker den Ton gegenüber Ankara deutlich verschärft. Politiker von CSU und CDU sehen den Augenblick gekommen, wo die EU-Beitrittsverhandlungen gestoppt werden sollten. "Die aktuellen Entwicklungen sind schlicht desaströs. Die Rhetorik ist einer westlichen Demokratie nicht angemessen", sagte der CSU-Europaabgeordnete und Vize-Fraktionschef der EVP, Manfred Weber, der "Welt". Europa müsse nun klare Signale senden. "Deshalb: Stopp der Beitrittsverhandlungen. Wir brauchen endlich Ehrlichkeit in der Debatte. Es wird mit der Türkei nicht klappen." Ein solcher Schritt, so glaubt Weber, sei im Interesse der Türkei. "Wir müssen Erdogan Grenzen aufzeigen." Ähnlich formulierte es CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer. Er sagte in München: "Allmählich dämmert es, dass die Erdogan-Türkei nicht zu Europa gehört." Ein Land, in dem die Regierung ihren Kritikern drohe und demokratische Werte mit Füßen trete, könne nicht zu Europa gehören. "Die CSU fordert den sofortigen Stopp der EU-Beitrittsverhandlungen." Mehr als eine privilegierte Partnerschaft komme für die Türkei nicht infrage. Erdogan hatte seinen Gegnern nach dem Sieg seiner Partei bei den türkischen Kommunalwahlen gedroht, sie würden nun den Preis bezahlen. "Bis in ihre Höhlen werden wir sie verfolgen", sagte Erdogan.

CDU: Bedingungen für Vollmitgliedschaft nicht gegeben

Der CDU-Europapolitiker Elmar Brok attestiert, dass die Bedingungen für eine EU-Vollmitgliedschaft nicht mehr gegeben sind. "Erdogan rüttelt an der Gewaltenteilung ebenso wie an der Pressefreiheit. Das sind Kernpunkte einer EU-Mitgliedschaft. Das geht nicht", sagte er der "Welt". Brok sieht den Zeitpunkt gekommen, wo auf eine Vollmitgliedschaft zugunsten einer "höchst möglichen Bindung" verzichtet werden sollte, wie es im Verhandlungsmandat formuliert ist. "Wir sollten die Verhandlungen nicht komplett abbrechen. Dazu ist die Türkei zu wichtig. Die Türkei könnte etwa dem Europäischen Wirtschaftsraum beitreten."

Unions-Parlamentsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer (CDU) äußerte sich kritisch über die Einschränkungen für soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook in der Türkei. In einer Demokratie müsse es möglich sein, über diese Kanäle seine Meinung zu äußern, sagte Grosse-Brömer. Er selbst habe einen aus der Türkei übermittelten Tweet weitergeleitet, dieser lautete: "Selbst wenn man das Zwitschern verbietet, wird der Frühling trotzdem stattfinden." Er hoffe, "dass Erdogan dass dann auch auf Türkisch gelesen hat".

Gutes Wahlergebnis trotz Korruptionsvorwürfen

Erdogan stellt sich auch gegen den türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül. Der hatte das Twitter-Verbot kritisiert und danach weiter den Kanal genutzt. Trotz Korruptionsvorwürfen gegen seine Regierung, Säuberungen in Justiz und Polizei und Internet-Sperren kam Erdogans Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) bei der Kommunalwahl am Sonntag landesweit auf mehr als 45,5 Prozent.

Das sind gut sechs Prozentpunkte mehr als bei den Kommunalwahlen vor fünf Jahren. Zugleich sind es allerdings gut vier Prozentpunkte weniger als bei der Parlamentswahl 2009. Beobachter erwarten, dass Erdogan sich im August zur Wahl des Staatspräsidenten stellt. Dann dürfen erstmals auch die in Deutschland lebenden Türken an der Wahl teilnehmen, ohne dafür in die Türkei reisen zu müssen. Erdogan hatte vor wenigen Wochen Berlin besucht und dabei vor Tausenden Anhängern gesprochen.

Türkische Gemeinde warnt vor Ende der Gespräche

Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, sieht Erdogan und seine Politik grundsätzlich sehr kritisch. Er warnt dennoch davor, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu stoppen. "Das hätte fatale Folgen für die demokratische Bewegung in der Türkei", sagte Kolat der "Welt". Vielmehr müssten in den Verhandlungen jetzt konsequent die Menschenrechte angesprochen

werden. Kolat appelliert an die deutschen Parteien, mit den demokratischen Organisationen in der Türkei Kontakt aufzunehmen. "Sie müssen dabei helfen, aus einem Gesetzesstaat einen Rechtsstaat zu machen. Denn die türkische Justiz ist nicht mehr unabhängig." Das positive Ergebnis für Erdogan bei den türkischen Kommunalwahlen hat Kolat nicht überrascht. "Erdogan hat es geschafft, ein Freund/Feind-Bild aufzubauen. Er hat eine feste Wählerschaft, die etwa der Hälfte der Bevölkerung entspricht. Die haben zu ihm gehalten."

Umfragen unter den Wählern hatten ergeben, dass rund 80 Prozent der Türken, die die AKP gewählt haben, ihre Stimme gaben, weil sie mit dem Ergebnis von Erdogans Politik zufrieden sind. Erdogan ist nunmehr seit elf Jahren türkischer Ministerpräsident. [Internet-Link](#)

GERICHT ORDNET AUFHEBUNG DER TWITTER-SPERRE AN

Ein Gericht in Ankara hat die türkische Telekommunikationsbehörde angewiesen, die Twitter-Sperre aufzuheben. Es widerspricht damit Ministerpräsident Erdoğan.

Ein türkisches Gericht hat Medienberichten zufolge die Aufhebung der Sperre des Onlinedienstes Twitter angeordnet. Wie der Fernsehsender NTV berichtet, wird das Gericht in Ankara die Telekommunikationsbehörde (TIB) anweisen, die Sperre aufzuheben. Zunächst sei aber unklar, ob dies ein Ende der Sperre bedeute. Die Telekombehörde könne gegen die Entscheidung Widerspruch einlegen.

Die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan hatte den Zugang zu dem Online-Kurznachrichtendienst in der Nacht zum Freitag sperren lassen. Der Ministerpräsident verurteilte die vermeintliche Doppelmoral von Twitter: Der Dienst sperre Konten, wenn es die USA oder Großbritannien verlangten, poche aber auf Meinungsfreiheit, wenn die Türkei, die Ukraine oder Ägypten Einträge monierten. "Dies ist keine Bananenrepublik", sagte Erdoğan.

An der Sperre gab es in der Türkei und international Kritik. Der türkische Präsident Abdullah Gül schrieb via Twitter, Social-Media-Plattformen gänzlich zu sperren sei nicht zu billigen.

Auch die Bundesregierung hatte die Blockade kritisiert. Die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Wirtz sagte, sie entspreche nicht dem, "was wir unter freier Kommunikation in Deutschland verstehen". Das Auswärtige Amt bemängelte, es gebe in der Türkei seit Längerem Defizite in der Informations- und Meinungsfreiheit. [Internet-Link](#)

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

ERDOGANS WAHLSIEG SCHIEBT LIRA AN

Nach dem Wahlsieg der islamisch-konservativen Partei AKP von Ministerpräsident Tayyip Erdogan machen sowohl die türkische Währung Lira als auch der Aktienmarkt des Landes einen Sprung nach oben.

Die Anleger an der türkischen Börse haben den Wahlsieg der islamisch-konservativen Partei AKP von Ministerpräsident Tayyip Erdogan bei den Kommunalwahlen positiv aufgenommen. Die Lira erholte sich deutlich, so dass sich ein Dollar auf 2,1650 Lira von 2,1892 Lira im Schlussgeschäft vom Freitag verbilligte. Auch an der Istanbuler Börse ging es mit den Kursen zunächst nach oben. Der Standardwerte-Index stieg um bis zu knapp zwei Prozent, grenzte im Vormittagsgeschäft aber seine Gewinne deutlich ein und lag zuletzt nur noch 0,4 Prozent höher. Während einige Börsianer das Wahlergebnis als Signal für politische Stabilität werteten, blieben andere skeptisch.

Erdogan hatte das Ergebnis zum großen Sieg seiner AKP erklärt. Nach Auszählung von rund der Hälfte der Stimmen kommt die AKP auf 44 bis 46 Prozent. Das wäre deutlich mehr als die 38,8 Prozent, die die Partei bei der Kommunalwahl 2009 geholt hatte. Die größte Oppositionspartei CHP erreicht 23 bis 28 Prozent. Die Anleger seien nicht an erhöhter politischer Unsicherheit und Instabilität interessiert, kommentierte Benoit Anne von der Societe Generale die Reaktion der Devisenanleger. Das Ergebnis zeige, dass die AKP von der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei in den vergangenen Jahren profitiere, stimmte Tim Ash, Analyst bei der Standard Bank, zu. Schließlich hätten sich die Lebensverhältnisse, die Lage am Arbeits- und auch am Wohnungsmarkt unter

Erdogan deutlich verbessert. Commerzbank-Analyst Ulrich Leuchtmann zeigte sich dagegen skeptisch. Offenbar werde politische Stabilität am Devisenmarkt als wertvolles Gut angesehen. Das Wahlergebnis könnte aber trügerisch sein - und damit auch die Stärke der Lira. „Ein neu erstarkter und in der Folge umso gnadenloserer Ministerpräsident könnte mittelfristig eher die Gefahr neuer innenpolitischer Konflikte heraufbeschwören, als ein geschwächter, auf Kompromisse angewiesener Regierungschef“, warnte Leuchtmann.

Erdogan warf seinen Kritikern noch in der Wahnacht Verschwörung und Geheimnisverrat vor und drohte Vergeltung an. Seine Regierung war zuletzt wegen massiver Korruptionsvorwürfe unter Druck geraten. Die Kommunalwahl galt als Test dafür, wie viel Rückhalt er in der Bevölkerung noch hat.

Die türkische Lira gewann im Vormittagshandel zum amerikanischen Dollar 1,2 Prozent. Ein Dollar kostete 2,16 Lira. Staatsanleihen des Landes legten ebenfalls zu, im Gegenzug ermäßigten sich die Renditen. Zehnjährige Papiere rentierten mit 10,1 Prozent, das waren 0,15 Prozentpunkte weniger als am Freitag. An der Börse in Istanbul lagen die Indizes rund eineinhalb Prozent im Plus. [Internet-Link](#)

FREIHANDEL: TÜRKIE KÄMPFT GEGEN DIE ALLIANZ DER EU MIT DEN USA

Wegen der Folgen des Freihandels-Abkommens TTIP will die Türkei die Zollunion mit der EU neu verhandeln. Der türkische Wirtschaftsminister sagte, keine souveräne Nation sollte eine derartige Übereinkunft unterzeichnen.

Wenige Tage vor den türkischen Kommunalwahlen am 30. März befinden sich nicht nur der Korruptionsskandal und die aktuelle Twitter-Sperre auf der politischen Agenda, sondern auch die Handelsbeziehungen zur EU. Erst vor kurzem waren nach dreijährigem Stillstand die Beitrittsgespräche wieder angelaufen. Jetzt will die Türkei auch die Übereinkunft über die bestehende Zollunion neu verhandeln. Und das nicht ohne Grund: Das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) ist für die Türkei eine echte Bedrohung.

„Bis Juni werden wir für Verhandlungen über das Zollunion-Abkommen wieder eröffnen, dem kein souveräner, unabhängiger Staat zustimmen würde“, zitiert das Nachrichtenportal NewEurope den türkischen Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci vor Geschäftsleuten in der südtürkischen Provinz Burdur. Die Reaktion Ankaras kommt nicht von ungefähr. Mit Argusaugen werden in der Türkei die Entwicklungen des Transatlantischen Freihandelsabkommens beobachtet. Im vergangenen Jahr bemühte sich die türkische Regierung intensiv, in das Abkommen zwischen der USA und der EU eingebunden zu werden. Auf seinem Staatsbesuch wurde der türkische Premier Recep Tayyip Erdoğan im Mai 2013 gleich von 60 türkischen CEOs begleitet. Die Türkei plagen wirtschaftliche Isolations-Ängste. Sie fürchtet einen Rückgang beim Wirtschaftswachstum und in Folge dessen letztlich das Aus des Wirtschafts-Standortes Türkei: „Wenn dieses Freihandelsabkommen geschlossen wird, dann wird sich unser Handelsdefizit erhöhen“, zitierte die Hürriyet den damaligen Wirtschaftsminister Zafer Çağlayan Mitte April 2013. Zuvor hatte sich auch der Vorsitzende des türkisch-amerikanischen Unternehmerverbandes (TABA/AmCham), Ekrem Alptekin, dafür ausgesprochen, dass die Türkei beim bevorstehenden Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU mitwirken müsse. Nun setzt Nihat Zeybekci offenbar alles daran, die Konditionen der bestehenden Zollunion mit der EU zu verbessern. Immerhin: Der wichtigste Handelspartner der Türkei ist derzeit die EU. „Ich habe mich mit Wirtschafts- und Handelsministern und Delegationen der 28 EU-Mitgliedsländer getroffen. Ich habe auf diese Männer Druck hinsichtlich der Zollunion ausgeübt. (...) Wir sind bereits dreimal zusammen gekommen und treffen uns nun ein viertes Mal“, so Zeybekci.

Kritiker des 1996 in Kraft getretenen Abkommens sind der Ansicht, dass die Zollunion die Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Exporte einschränke, da die EU Freihandelsabkommen mit Drittparteien eingehen könnte. Diese könnten dann auch für Ankara bindend sein, ohne dass die türkische Regierung ein Mitspracherecht hat. Zu Beginn sei die Zollunion ein wichtiger Schritt zur wirtschaftlichen Integration der Türkei in den Weltmarkt gewesen. Doch das habe sich im Laufe der Zeit geändert. „Ausschließlich die Europäer profitieren von diesem Abkommen. Wir werden durchgehend ungerecht behandelt“, so Çağlayan.

Die Verhandlungen über das TTIP starteten erst 2013. Bis zu einem finalen Deal könnten noch Jahre vergehen. Dennoch empfindet die Türkei das Abkommen schon jetzt als einen Affront. Ganz anders

sieht das der Chefverhandler für das Freihandelsabkommen der EU mit den USA. Garcia Bercero ist der Ansicht, dass die Türkei von der Mitgliedschaft in der EU-Zollunion profitiere. „Ausschlaggebend für die Freihandelsabkommen der Türkei mit Drittländern ist ihre Mitgliedschaft in der Zollunion. Nur aufgrund dieser Mitgliedschaft haben jene Staaten Abkommen mit Ankara unterzeichnet. Die Türkei profitiert von der Zollunion“, so Bercero. [Internet-Link](#)

TÜRKEI: DER EINZIGE HANDELSPARTNER MIT STEIGENDEN EXPORTEN IN DIE EU

Die Türkei ist das einzige Land unter den Handelspartnern der Europäischen Union (EU), das im letzten Jahr seine Exporte in die EU erhöht hat, so die Statistikbehörde der EU.

Die türkischen Exporte in die EU haben um 4 Prozent zugenommen und erreichten 50,2 Mrd. Euro, so ein auf der Website von Eurostat veröffentlichte Bericht. Die Türkei bleibt 2013 mit einem Gesamthandelsvolumen in Höhe von 128 Mrd. Euro der sechstgrößte Handelspartner der EU. Von den 10 größten Handelspartnern der EU haben die Exporte aus China, Russland und den Vereinigten Staaten um jeweils 4, 4 und 5 Prozent abgenommen. Andere EU-Handelspartner wie die Schweiz, Norwegen, Japan, Indien, Südkorea und Brasilien haben 2013 beträchtliche Rückgänge in ihren Exporten in die EU verzeichnet. Die Türkei, die mit der EU eine Zollunionsvereinbarung eingegangen ist, wird zunehmend von globalen Unternehmen, die ihre Güter in der Region absetzen möchten, als Exportplattform betrachtet. Die Exporte der Türkei im letzten Jahrzehnt sind bis auf stolze 151,9 Mrd. US-Dollar im Jahr 2013 angestiegen, wobei die EU der wichtigste Exportmarkt ist. [Internet-Link](#)

RATINGAGENTUR MOODY'S: ZEHN TÜRKISCHEN BANKEN DROHT DIE ABWERTUNG

Die internationale Ratingagentur Moodys hat angekündigt, dass sie zehn türkische Banken unter Beobachtung gestellt hat. Den Instituten droht eine Herabstufung ihrer Bewertungen. Als Grund wurden die derzeit schwierigen Bedingungen für Banken sowie das angespannte politische Umfeld genannt.

In einer Erklärung kündigt die Ratingagentur Moody's an, gleich zehn türkische Geldinstitute unter Beobachtung zu stellen und gegebenenfalls abzuwerten. Die finanzielle Stärke der Banken stünde auf wackeligen Füßen. Für die nächsten zwölf bis 18 Monate werde sich das Geschäftsumfeld für sie weiter verschlechtern. Als Hauptfaktoren, die Druck auf die Banken ausüben würden, nannte Moody's eine Verlangsamung des realen BIP-Wachstums, welches überdies immer noch erheblichen Abwärtsrisiken ausgesetzt sei. Daneben spielten steigende Refinanzierungskosten für die türkischen Banken dank der aktuellen FED-Politik, eine drastische Abwertung der Lira, die wirtschaftliche Erholung in den entwickelten Märkten sowie ein Klima der Unsicherheit, dem die Banken aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei ausgesetzt seien, eine Rolle. Konkret handle es sich um die Akbank, Asya Participation Bank, Garanti Bank, İşbank, Şekerbank, Türk Ekonomi Bankası, Vakıfbank, Yapı Kredi, Halkbank und die Ziraat Bank. Moody's stellte fest, dass die bisherigen Wachstumsprognosen sowohl durch die FED als auch durch die innerpolitischen Entwicklungen signifikant gefährdet seien. Auswirkungen fürchten die Finanzexperten hinsichtlich der Liquidität, aber auch hinsichtlich der Binnennachfrage. Einer der wichtigsten Hinweise für einen solchen eingetrübten Ausblick sei demnach ein langsames Wirtschaftswachstum der Türkei. Dieses werde Ende 2014 von 4,1 Prozent im Jahr 2013 voraussichtlich auf 2,5 Prozent fallen. Neben dem Warnschuss verteilte Moody's jedoch auch Lob an das türkische Bankensystem. Dieses habe durchaus die Fähigkeiten, sich potentiellen Herausforderungen zu stellen. Immerhin habe man es mit einer guten Kapitalisierung zu tun. Damit schließen sich die Fachleute einer Einschätzung von Fitch aus der vergangenen Woche an. Türkische Banken seien demnach in der Lage, moderaten Stößen auf die Qualität der Vermögenswerte und Performance zu überstehen. Diesen Status hätten sich vor allem wegen ihrer Fähigkeit, Verluste aufzufangen. [Internet-Link](#)

FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI

Der nächste Energiekonzern schwächelt



Der Gewinn des Energieriesen Eon ist 2013 deutlich zurückgegangen. Die Ökokonkurrenz belastet das Ergebnis. Entsprechend ernüchternd fällt auch der Ausblick fürs laufende Jahr aus.

Erst vor kurzem musste der Energiekonzern RWE für 2013 einen Verlust von fast 3 Milliarden Euro bekannt geben. Mit Kohle- und Gaskraftwerken, die für RWE viele Jahre eine sichere Bank waren, lässt sich kaum noch Geld verdienen, da sie wegen des Booms der erneuerbaren Energien immer seltener am Netz sind. Nun hat E.on, der größte deutsche Versorger, seine Zahlen vorgelegt.

Vor allem wegen der Konkurrenz des Ökostroms schwächelt auch E.ons Geschäft mit der Stromerzeugung. E.ons Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen schrumpfte im letzten Jahr um 14 Prozent auf 9,3 Milliarden Euro. Im Gegensatz zu RWE konnte E.on damit aber immerhin einen Netto-Gewinn von gut 2 Milliarden Euro einfahren. Bei E.on sahen die Zahlen auch deshalb besser aus, weil der Konzern bereits 2011 hohe Abschreibungen vorgenommen hatte, die damals zu einem Verlust von gut zwei Milliarden Euro führten.

Die Energiewende wird dem Stromriesen noch länger zu schaffen machen. "Richten wir den Blick nach vorne, müssen wir nüchtern feststellen, dass es wenig Anzeichen dafür gibt, dass sich das Marktumfeld schnell und spürbar verbessern wird", sagte E.on-Vorstandschef Johannes Teyssen am 12.03.2014 bei der Vorlage des Geschäftsberichts. Trotz aller Anstrengungen werde es auch künftig Rückschläge geben, sagte Teyssen. 2014 werde der operative Gewinn wohl weiter auf bis zu 8,6 Milliarden Euro zurückgehen. [Internet-Link](#)

BMW will 2014 Gewinn deutlich steigern



Die Bayerischen Motorenwerke haben sich fest vorgenommen, ihre Spitzenstellung im Oberklasse-Segment bis 2020 zu verteidigen. In diesem Jahr sollen mehr als zwei Millionen Fahrzeuge verkauft werden.

Der Münchener Autobauer BMW will nach den Rekordzahlen 2013 auch in diesem Jahr neue Bestmarken setzen und die Rivalen Mercedes und Audi weiter auf Distanz halten. Bis zum Dezember wollen die Münchner mehr als zwei Millionen Autos verkaufen - und damit ein wichtiges Etappenziel deutlich früher erreichen als zuvor geplant. Auch der Gewinn vor Steuern soll stark zulegen.

"Wir blicken mit Zuversicht in das Geschäftsjahr 2014", sagte Konzernchef Norbert Reithofer am Mittwoch in München laut vorab veröffentlichtem Redetext bei der Vorlage der Jahresbilanz. Das große Ziel: Bis 2020 will der Oberklasse-Hersteller Branchenführer bleiben.

Gelungener Jahresauftakt

Der Auftakt in diesem Jahr sei bereits gelungen, sagte Reithofer. In den ersten beiden Monaten habe der Konzern weltweit rund 274.000 Autos verkauft - "der bisher beste Start in ein neues Jahr". Im zweiten Halbjahr soll sich das Wachstum weiter beschleunigen. Schwung erhofft sich BMW von 16 neuen und überarbeiteten Modellen, die 2014 auf den Markt kommen. Künftig soll sich der Absatz ausgewogener auf die großen Weltregionen Europa, Asien und Amerika verteilen. 2013 konnte BMW wie die Oberklasse-Konkurrenz - die Schwäche auf dem Heimatkontinent mit Zuwächsen in China und den USA wettmachen. Nach den Rückgängen in den Schwellenländern erwartet der Konzern auch dort wieder Wachstum. Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen seien aber fragil, sagte der BMW-Chef. "Die Dinge können sich jederzeit ändern." Wie sich der Konflikt in der Ukraine auswirken könnte, will der Konzern derzeit nicht beurteilen. [Internet-Link](#)

Historischer Verlust beim Energieriesen RWE



Folgen der Energiewende: Ein Einbruch in der konventionellen Stromerzeugung hat den zweitgrößten deutschen Energieversorger RWE erstmals seit über 60 Jahren tief in die roten Zahlen gedrückt.

Mit einem Minus von fast drei Milliarden Euro fuhr der Energiekonzern RWE erstmals seit mehr als 60 Jahren einen Verlust ein. Ursache hierfür waren vor allem hohe Abschreibungen auf Kohle- und Gaskraftwerke, die wegen der Konkurrenz durch den Ökostrom schlecht ausgelastet sind. Das Betriebsergebnis in der konventionellen Stromerzeugung sank um 58 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro - auch weil der nach E.ON zweitgrößte deutsche Versorger 2013 für CO₂-Zertifikate Geld zahlen musste. Die gesamte Stromerzeugung des Konzerns ging um fünf Prozent auf 217 Milliarden Kilowattstunden zurück. Es geht noch weiter bergab Nach den ersten roten Zahlen in der Nachkriegsgeschichte stellt sich der Konzern auch für die Zukunft auf düstere Zeiten ein. "Unsere Kraftwerke werden in den kommenden Jahren noch weniger verdienen, als wir befürchtet hatten", erklärte Vorstandschef Peter Terium bei der Vorlage der Geschäftszahlen für 2013. Auch 2014 gehe man von einem deutlichen Ergebnismrückgang aus, kündigte der Manager an, der seit 2012 den Versorger steuert. Bis Ende 2016 will RWE jede zehnte Stelle streichen, insgesamt rund 6700 Jobs und 4700 auf dem Heimatmarkt in Deutschland. Den Versorgern machen die Konkurrenz durch den Ökostrom und die gefallenen Großhandelspreise zu schaffen. Denn RWE produziert nach wie vor den meisten Strom mit Hilfe von Braun- und Steinkohle, nämlich 51 Prozent. In Gaskraftwerken erzeugt RWE 17 Prozent des Stroms, in Atomkraftwerken 14 Prozent. Nur sechs Prozent kamen 2013 aus erneuerbaren Energiequellen wie Sonne oder Wind. Wegen des Vorrangs von Strom aus Wind oder Sonne müssen in Deutschland Kohle- und Gaskraftwerke immer häufiger zurückgefahren werden. Im vergangenen Jahr schrieb RWE auf seine Kohle- und Gaskraftwerke fast fünf Milliarden Euro ab. Der Konzern legt wie auch E.ON reihenweise Anlagen ganz oder vorübergehend still. Terium kündigte an, dass noch weitere Kraftwerke hinzukommen könnten. "Entscheidend ist, wie erfolgreich wir dabei sind, defizitäre Anlagen wieder wirtschaftlich zu machen." Es gebe noch einige Anlagen, die ihre Betriebskosten nicht deckten. [Internet-Link](#)

Opel verkauft nicht mehr in China



Auf dem wichtigsten Automarkt der Welt wird künftig kein Opel mehr verkauft. Mutterkonzern GM will die deutsche Marke ab Januar 2015 aus dem Markt zurückziehen. Dafür soll in Deutschland investiert werden.

Es ist noch kein Jahr her, da feierte Opel ein kleines Comeback in China. Erstmals nach fünf Jahren Abstinenz zeigten die Rüsselsheimer auf der wichtigsten chinesischen Automesse in Shanghai wieder eigene Modelle: den Insignia ST, den Astra GTC und den Zafira Tourer. Nur wenige Monate später folgt der Rückzug: Opel soll ab Januar 2015 in China keine Fahrzeuge mehr unter dem eigenen Logo verkaufen, teilte das Unternehmen mit. Die Entscheidung ist ein Teil der neuen Ausrichtung der Marken von Mutterkonzern General Motors. Während Konzernschwester Buick auf den chinesischen Markt künftig alleine punkten soll, überlässt Chevrolet im Gegenzug Opel den europäischen Markt. Vergangenes Jahr hatte die GM-Tochterfirma Hilden ihre Produktion in Australien gestoppt. Für Opel-Chef Karl-Thomas Neumann ist der Rückzug eine längst überfällige Entscheidung. „Es hätte einen hohen dreistelligen Millionenbetrag erfordert, Opel zu mehr Bekanntheit zu führen und das Vertriebsnetz auszubauen.“ Mit 22 Händlern und rund 4.300 verkauften Fahrzeugen spielt Opel auf dem chinesischen Markt ohnehin eine marginale Rolle. Nun überlässt man den lukrativen Markt der Konzernschwester Buick, die mit 650 Händlern rund 810.000 Fahrzeuge absetzt.

Auch wenn Opel damit in den Wachstumsmärkten der Welt nicht mehr als Marke vertreten ist, erwarten sich die Verantwortlichen in Rüsselsheim zusätzlichen Schub durch die Zusammenarbeit mit der Konzernschwester. „Es ist unser klares Ziel, unsere Zusammenarbeit zu intensivieren. Dazu prüfen wir derzeit eine ganze Reihe von Projekten.“

Weitere gemeinsame Modelle sollen folgen: Schon in wenigen Jahren soll eine weitere Insignia-Variante unter dem Buick-Logo für den US-Markt in Rüsselsheim produziert werden. Dazu will das Unternehmen in Rüsselsheim 245 Millionen Euro investieren. Derzeit laufen am Rüsselsheim vier Varianten des Insignia und ab Januar 2015 der Zafira Tourer vom Band. Schon heute werden Modelle wie der Astra und der Mokka in China unter dem Buick-Logo verkauft. Durch die Gleichteilestrategie könnte sich Opel auch die Einkaufsmacht des Mutterkonzern stärker zunutze machen und so die Kosten weiter senken. Zuletzt träumte Opel-Betriebsratschef Wolfgang Schäfer-Klug sogar davon, künftig Buick-Fahrzeuge für den chinesischen Markt bei Opel in Deutschland zu fertigen. Die krisengeschüttelten Rüsselsheimer wollen sich künftig auf Europa konzentrieren und in Russland und der Türkei wachsen. Dank neuer Modelle wie dem Kleinwagen Adam, dem Geländewagen Mokka oder dem Cabrio Cascada legte Opel im vergangenen Jahr erstmals seit langem wieder zu. Bis 2016 soll Opel so wieder schwarze Zahlen schreiben. Dazu wird Ende 2014 das Werk in Bochum mit einst mehr als 3000 Beschäftigten geschlossen. In Rüsselsheim, Eisenach und Kaiserslautern wurde dagegen der Kündigungsschutz bis Ende 2018 verlängert. [Internet-Link](#)

Daimler rechnet mit Stagnation bei Transportern

DAIMLER

Neue Modelle wie die V-Klasse und der Vito sollen 2014 den Absatz von Daimlers Transportersparte voranbringen. Politische Unsicherheiten lassen den Konzern aber an schnellen Gewinnsprüngen zweifeln.

Nach einem deutlichen Plus im vergangenen Jahr rechnet Daimlers Transportersparte 2014 beim Ergebnis mit Stillstand. Mercedes-Benz Vans strebe einen Gewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit) auf Vorjahresniveau an, sagte der Leiter der Vans-Sparte, Volker Mornhinweg, am Dienstag in Stuttgart. 2013 war der operative Gewinn noch um 16 Prozent auf 631 Millionen Euro gestiegen. Der Umsatz legte leicht auf 9,4 Milliarden Euro zu. Grund für die verhaltene Prognose sind auch Investitionen in die neue Produktpalette. Die Sparte setzt 2014 unter anderem auf die neue Großraumlimousine V-Klasse und deren Transporter-Pendant Vito. Der Absatz soll demnach deutlich höher als 2013 ausfallen, als die Sparte 270.000 Fahrzeuge verkauft hatte. Positiv auf das Ergebnis hatte sich 2013 auch ein Spar- und Effizienzprogramm ausgewirkt. Dass Daimler in der Vans-Sparte 2014 nicht mit Ergebnissprüngen rechnet, liegt auch an einzelnen Märkten. Risiken gibt es Mornhinweg zufolge etwa wegen politischer Unsicherheiten in der Türkei und Südafrika. Hinzu kommt die Krim-Krise, die die Sparte auch wegen ihres jüngst verstärkten Engagements in Russland treffen könnte. 2013 hatte Daimler etwa mit Russlands größtem Transporterhersteller GAZ die Fertigung des Sprinters in dem Land aufgenommen. Mercedes-Benz Vans machte zuletzt acht Prozent der Gesamterlöse des Daimler-Konzerns aus. Das wichtigste Geschäftsfeld der Schwaben ist die Autosparte, die mehr als die Hälfte zum Umsatz beiträgt. [Internet-Link](#)

Toyota macht Fortschritte in Europa



Toyota konnte in den vergangenen Monaten in Europa kräftig zulegen. Doch das reicht Europa-Chef Didier Leroy nicht: Er will die japanische Marke emotionaler und profitabler machen – mit neuen Modellen.

Der Weltmarktführer Toyota aus Japan macht Fortschritte im schwierigen europäischen Automarkt. „Seit September 2013 verbessert sich unser Absatz in Europa Monat für Monat. Mit den sich erholenden Märkten wollen wir weiter wachsen“, sagte Didier Leroy, Chef von Toyota Motor Europe (TME), dem Handelsblatt. Von Brüssel aus steuert der Manager den kompletten europäischen Markt,

inklusive Türkei und Russland. Erste Erfolge schlagen sich in der Bilanz nieder. „Das Ende März 2014 schließende Geschäftsjahr übertrifft in Europa unsere Erwartungen“, kündigte Leroy an. „Aber das reicht uns nicht. Mit neuen Modellen wollen wir noch profitabler werden“, so der TME-Chef. Bereits nach neun Monaten lag der Gewinn bei 327 Millionen Euro. Im gesamten Geschäftsjahr 2012 erzielte das Unternehmen 246 Millionen Euro. Trotz der Krim-Krise hält Toyota an seinem Ziel für 2014 fest. „Keiner weiß, was in den nächsten Monaten passiert. Aber deshalb ändert sich unsere Vorhersage nicht“, so Leroy. TME nimmt sich einen Absatz von 865.000 Autos vor, 2013 waren es 847.000. Der Marktanteil soll von 4,7 auf 4,8 Prozent steigen. „Mittelfristig wollen wir in Europa ein Niveau von fünf Prozent Marktanteil und einer Million jährlich verkauften Autos erreichen. Das wird aber sicher nicht 2015 der Fall sein“, kündigte Leroy an. Im Wettbewerb mit Volkswagen und den in den vergangenen Jahren dank europäischen Designs stark gewachsenen Koreanern Hyundai und Kia muss Toyota das eher biedere Image modernisieren. „Entscheidend ist, dass wir unser Image ändern, hin zu einer emotionalen Marke“, sagte Leroy. Nach einigen Lehrjahren gehört für ihn zum Qualitätsverständnis auch die Haptik von Materialien im Innenraum. „Da sind wir noch nicht auf dem erwarteten Niveau. In Europa muss das alles perfekt sein, Farbe und Struktur müssen ein Autoleben lang bestehen.“ Den Anfang macht der neue Kleinstwagen Aygo. Den Konkurrenten des VW Up baut Toyota in einer Fabrik in Tschechien, die auch Peugeot und Citroën nutzen. Die Kunden können den neuen Aygo in bisher nie möglichem Umfang individualisieren. „Das haben wir in der Vergangenheit vernachlässigt. Toyota will nicht nur Geld verdienen, sondern auch die Ansprüche der Kunden erfüllen“, betonte der TME-Chef. [Internet-Link](#)

ARTIKEL DES MONATS

Türkeiexperte zum Ausgang der Kommunalwahl

"Erdogan treibt Land in die Polarisierung"

Tagesschau/ ARD, 31.03.2014

*Trotz autokratischen Führungsstils und Internetzensur fährt Erdogan bei den Kommunalwahlen einen satten Sieg ein. Der Regierungschef habe den Türken ihren Stolz zurückgegeben, meint Nahost-Experte **Udo Steinbach**¹ im Gespräch mit tagesschau.de. Aber sein Politik-Verständnis sei zutiefst antidemokratisch.*

tagesschau.de: Waren Sie vom Ausgang der Kommunalwahlen überrascht?

Udo Steinbach: Ich war nicht überrascht. Ich hatte zwar lange geglaubt, dass das Wahlergebnis schlechter ausfallen würde, aber in den letzten Tagen hat Recep Tayyip Erdogan die Bevölkerung enorm mobilisieren können. Große Massen auf dem Land aber auch in Istanbul sind zu seinen Veranstaltungen gepilgert. Der Wahlausgang ist ein deutliches Zeichen dafür, dass eine Mehrheit in der Türkei hinter ihm steht und seiner Propaganda glaubt.

tagesschau.de: Was sind die Gründe für seinen Erfolg?

Steinbach: Zum einen liegt es an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Vielen Menschen geht es sehr viel besser als noch vor Jahren. Sie verbinden den wirtschaftlichen Aufschwung mit Erdogan. Die Türkei könnte in den nächsten Jahren zur zehnten größten Wirtschaftsmacht aufzusteigen. Das hat auch psychologische Auswirkungen auf das Selbstverständnis und die Identität der Türken. Erdogan hat den Türken ihren Stolz wiedergegeben. Zum anderen liegt es an der konservativ geprägten Bevölkerung auf dem Land. Eine breite Mehrheit dort unterstützt Erdogans konservativ-islamistisch geprägten Kurs. In den Provinzen ist die Skepsis gegenüber den westlichen Demokratien und auch gegenüber den jungen, westlich orientierten Demonstranten vom Gezi-Park groß.

tagesschau.de: In unserer Wahrnehmung sind die Demonstranten eine ganz starke Kraft in der Türkei. Haben wir ein falsches Bild von dem Land?

Steinbach: Wir hatten ein falsches Bild von Erdogan. Seine Politik hat die Protestbewegung, wie wir sie im Gezi-Park erlebt haben, ja provoziert. Er hat ein zutiefst antidemokratisches Verständnis von Staat und Gesellschaft. Und spätestens seit seinem Wahlsieg von 2011 ist er zum Autokraten geworden. Der Westen hat sich also getäuscht, wenn er Erdogan als Partner beim Prozess der Demokratisierung und Westbindung des Landes gesehen hat.

tagesschau.de: Erdogan spricht jetzt von der "Geburtsstunde der neuen Türkei". Was meint er damit konkret?

Steinbach: Er bekräftigt damit seinen Kurs. Wir werden einen stark autokratischen Führungsstil erleben - mit wachsenden Repressionen gegenüber der Opposition. Außerdem wird Erdogan seinen Kurs der Islamisierung noch entschiedener durchsetzen. Wir werden es mit einer konservativen und unberechenbaren Türkei zu tun haben.

"Der Annäherungsprozess zwischen Türkei und EU ist zerbrochen"

tagesschau.de: Vor welche Herausforderungen stellt der Wahlausgang den Westen?

Steinbach: Es ist ein Dilemma für die Europäische Union und den Westen. Man hoffte ja, dass durch die Protestbewegung rund um den Gezi-Park das Land sich dem Westen ein wenig öffnet. Die

1 Der Türkeiexperte Udo Steinbach war bis 2008 Direktor des GIGA-Instituts für Nahoststudien in Hamburg. Seit 2012 ist er Leiter des Bereichs Middle East/North Africa an der HUMBOLDT-VIADRINA School/ Berlin.

Hoffnungen haben sich als Trugschluss erwiesen. Im Gegenteil: Das Land entfernt sich von den westlichen Demokratien. Der Annäherungsprozess zwischen der Türkei und der EU ist nachhaltig unterbrochen. Dennoch hat die Türkei eine wichtige strategische Bedeutung mit Blick auf den Bürgerkrieg in Syrien. Vor diesem Hintergrund muss der Westen sehr zurückhaltend mit seiner Kritik an Regierungschef Erdogan sein, obwohl dieser in seiner Innenpolitik von den Wertvorstellungen des Westens und auch der USA immer stärker abrückt.

tagesschau.de: Wie kann der Westen noch Einfluss nehmen auf die Entwicklungen in der Türkei?

Steinbach: Die Möglichkeiten der Einflussnahme sind derzeit gering. Wir können nur hoffen, dass es im politischen Establishment der AKP zu Verwerfungen und einem Richtungsstreit kommt. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass es innerhalb der Partei Bruchlinien gibt. So hat zum Beispiel Staatspräsident Abdullah Gül in den vergangenen Monaten immer wieder Rechtsstaatlichkeit und Demokratie angemahnt und klar gemacht, dass der Modernisierungsprozess in der Türkei untrennbar verbunden ist mit der Annäherung an die EU. Wie stark dieser Flügel in der AKP ist, lässt sich derzeit schwer einschätzen.

"Ein zutiefst gespaltenes Land"

Die breite Mehrheit der Türken unterstützt Erdogans Kurs des konservativen Islamismus, meint Steinbach.

tagesschau.de: Wo steht die Türkei zwischen Islamismus und westlicher Welt?

Steinbach: Die Türkei ist ein zutiefst gespaltenes Land. Wir werden dies in den nächsten Jahren noch verschärft beobachten. Da sind die modernen jungen und gebildeten Schichten, die über die sozialen Netzwerke mit den westlichen Werten verbunden sind und für Demokratie kämpfen. Und es gibt die breite konservativ eingestellte Bevölkerungsschicht - vor allem natürlich in den Provinzen. Diese Spannung wird verstärkt durch soziale Proteste ausgetragen werden, weil es keine politische Opposition im Land gibt, welche die westlich orientierten Kräfte repräsentiert. Je stärker Erdogan seinen konservativ islamischen Kurs mit dem traditionellen Rollenbild der Frau, dem Verbot von Alkohol, dem Sperren von Internetseiten verfolgt, desto mehr treibt er das Land in die Polarisierung. Und die kann zu einer Destabilisierung und Stärkung der extremistischen Kräfte führen.

"Das Gerede von der privilegierten Partnerschaft hat viele Türken verstört", so Steinbach.

tagesschau.de: Ist die EU mit ihrem Kurs der Annäherung, ohne dabei konkrete Beitrittsperspektiven zu geben, gescheitert?

Steinbach: Es ist sehr schade, dass zwischen der Türkei und der EU bezüglich einer echten Annäherung nicht viel geschehen ist. Wir sind auf der Stelle getreten. Währenddessen ist die Türkei immer stärker in die Polarisierung hineingeraten. Es ist sehr schwer, jetzt einen ernsthaften politischen Dialog aufzunehmen, mit einem Regierungschef, der die Annäherung an den Westen nicht will und stattdessen eine starke islamische konservative Türkei anstrebt.

tagesschau.de: Hätte die EU der Türkei mehr anbieten müssen?

Steinbach: Es gab in der EU immer einerseits ein starkes Bewusstsein für die strategische Bedeutung der Türkei, andererseits starke Vorbehalte gegen einen Beitritt des Landes. Das Gerede von der privilegierten Partnerschaft hat viele Türken zutiefst verstört und einen Mann wie Erdogan dazu gebracht, seinen eigenen Weg zu gehen. Er bekommt dafür auch deshalb so viel Zuspruch, weil die Enttäuschung vieler Türken über die EU sehr groß ist.

tagesschau.de: Was kann die EU jetzt besser machen?

Steinbach: Im Moment sind die Handlungsoptionen sehr begrenzt. Denn der Westen braucht die Türkei im Hinblick auf Syrien. Vor diesem Hintergrund hat die Türkei außenpolitisch eine starke Stellung. Innenpolitisch ist Erdogan nach den Wahlen gestärkt. Für Kritik aus dem Westen ist da derzeit wohl kein offenes Ohr.

Das Interview führte Simone von Stosch, tagesschau.de. [Internet-Link](#)

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKIE HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 76,7 Mil. : - ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)
 - \pm 24% unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
 - 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
 - stabile Bevölkerungszahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2011 : 595 Milliarden € (KKP) □ BSP Wachstumsrate 2011 : 8,5 %
- BIP 2012 : 616 Milliarden € (KKP) □ BSP Wachstumsrate 2013/1 : 3 %
- Rang 16 der weltweit größten Ökonomien (KKP) ► Mitglied bei G20
- Wichtige Handelspartner : * EU : 38,5 % (die Türkei ist der siebtgrößte Handelspartner der EU)
 - * Russland : 7,9% * USA : 4,5%
 - Türkische Exporte in die EU – Januar- November 2013: € 43,7 Mrd.
 - Türkische Importe aus der EU – Januar- November 2013: € 63,4 Mrd.
 - Handelsdefizit mit der EU – Januar- November 2013: € 19,6 Mrd.
- Industrieproduktion : 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
 Industriegüter : **95 %** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

Die Türkei ist in der Welt :

Die Türkei ist in Europa :

- sechstgrößter Zementexporteur
- zweitgrößter Glasproduzent
- größter Hersteller von Bor
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- sechstgrößter Textilexporteur
- sechstgrößter Hersteller von Industriemaschinen
- größter Hersteller von TV Apparaten
- größter Hersteller von Aurocar/Bus
- drittgrößter Hersteller von Keramikachseln
- viergrößter Telekom-Markt
- zweitgrößter Hersteller Baumaterialien
- viergrößter Hersteller Automobilindustrie
- drittgrößter Produzent von Eisen&Stahl
- sechstgrößter Kühlschrankhersteller
- drittgrößter Yachthersteller
- achtgrößter Schiffsbauer

und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- **Nettobetrag ausländischen Kapitals :** € 12,5 Mrd in 2008|€ 5,5 Mrd in 2009|€ 6,9 Mrd in 2010|€ 12,3 Mrd in 2011|€ 9,4 Mrd in 2012|€ 7,6 Mrd zwischen Januar- November 2013

Ungefähr 36.450 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 2,3 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.

- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft :** Etwa 30% Steigerung von PCs zwischen 2005 und 2010
 22 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region
 + 69 Millionen GSM-Abonnenten
 + 40 Millionen Internet-Nutzer, erwartete 54,6 Millionen in 2014
 + 40 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene
 → Ausbau des e-governments
- **Tourismus :** Istanbul war EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010, weltweit sechstbeliebtestes Reiseziel, 35 Millionen Touristen im Jahr 2013.

► REFORMEN :

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien
 Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch
 Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafgesetzbuch
 Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit
 Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte
 Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale Schiedsgerichtsbarkeit
 Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen
 Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung
 Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005** : **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3.Oktober.**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18 Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org